

Helmholtzstraße 28, 40215 Düsseldorf
Tel. 0211-994160 Fax 0211-9941615
info@laga-nrw.de www.laga-nrw.de



Pressemitteilung vom 18.09.2007

Hier, wo ich lebe, will ich wählen!

LAGA NRW, DGB, Landesjugendring und Liga der Wohlfahrtsverbände starten gemeinsame Kampagne zur Einführung des Kommunalen Wahlrechts für Migranten

CDU/CSU und SPD haben in ihren Koalitionsvertrag, die Prüfung einer Grundgesetzänderung zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-Deutsche aufgenommen. Doch der Ankündigung ist bisher leider keine Tat gefolgt. Mit ihrer gemeinsamen Kampagne zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für legal in Deutschland lebende Nicht-Deutsche wollen die Initiatoren die Bundesregierung in ihrem Vorhaben bestärken.

Die Einführung des kommunalen Wahlrechts ist längst überfällig, weil

- ✓ die meisten Migrantinnen und Migranten schon seit vielen Jahren in den Städten unseres Landes leben. Viele sind hier geboren. Sie identifizieren sich mit „ihrer“ Stadt und engagieren sich gesellschaftlich vor Ort.
- ✓ Integration nur über politische Beteiligung gelingt! Als Subjekte der Politik können und wollen Migrantinnen und Migranten über die Zukunft der Städte und Gemeinden mitbestimmen.
- ✓ Migrantinnen und Migranten in Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes sich schon längst in den Mitbestimmungsgremien der Unternehmen beteiligen und sich dort genau so engagieren wie ihre deutschen Kollegen.
- ✓ viele Länder in Europa mit dem kommunalen Wahlrecht für Migranten gute Erfahrungen gemacht haben. Wie selbstverständlich können deutsche Staatsbürger in den Städten und Gemeinden des europäischen Auslands mitbestimmen – auch außerhalb der EU!

Die Liste ließe sich um viele weitere Argumente erweitern. Für eine demokratisch verfasste Gesellschaft ist jedoch ein Argument von besonders hoher Bedeutung: Wegen einer weiter steigenden Zahl von Menschen ohne deutschen Pass in unseren Städten und Gemeinden, gibt es inzwischen ganze Viertel, in denen nur wenige Bürger das Wahlrecht haben. So entstehen demokratiefreie Zonen. Das kann sich eine Gesellschaft, die auf die Mitarbeit und –verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist, auf Dauer nicht leisten.

Ebenso ist die Ungleichbehandlung von EU-Bürgern und Nicht-Deutschen anderer Herkunft nicht länger hinzunehmen.

Pflichten zur Zahlung von Steuern müssen Rechte gegenüberstehen. Das ist ein ganz selbstverständlicher Grundsatz eines demokratischen Rechtsstaats. Mit der Einführung des kommunalen Wahlrechts für legal in Deutschland lebende Nicht-Deutsche würde dieser Grundsatz endlich für eine große Zahl von Migrantinnen und Migranten eingelöst.

Oberbürgermeister/innen wie der Präsident des Deutschen Städtetages Christian Ude (SPD) aus München und seine Stellvertreterin, Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) aus Frankfurt haben dies längst erkannt. Aber auch bundesweit bekannte Christdemokrat/inn/en wie Rita Süßmuth und Heiner Geißler fordern eine Grundgesetzänderung, um das kommunale Wahlrecht für alle möglich zu machen.

Die Kampagne schließt sowohl eine Informationsoffensive wie auch eine breite Unterschriftensammlung ein. So wird heute die Internetseite www.wahlrecht-fuer-migranten.de online geschaltet. Auf dieser Seite können sich Unterstützer und Unterstützerinnen informieren und in die Listen eintragen. Denn jede Stimme zählt.

Wichtiger Baustein der Kampagne sind außerdem die inzwischen schon recht zahlreichen Beschlüsse, die kommunale Migrantenvertretungen in ganz Nordrhein-Westfalen zur Einführung des kommunalen Wahlrechts gefasst haben. In einigen Städten werden diese durch Beschlüsse der Gemeinderäte bekräftigt. Heute noch wird der Stadtrat in Köln, die Forderung des dortigen Integrationsrates auf der Tagesordnung haben und dem Vernehmen nach mit Mehrheit annehmen.

Außerdem veranstalten Integrationsräte in Aachen, Bottrop, Düren, Gladbeck, Hürth, Herten, Iserlohn, Kamen, Köln, Lennestadt, Ratingen, Siegen, Stolberg, Unna und Werdohl am 24. September Pressekonferenzen hierzu.

Eine breite Diskussion in Gesellschaft und Politik soll und wird unsere Kampagne begleiten. Sie ist dringend notwendig. Denn Integration wird ohne politische Rechte für alle Migrantinnen und Migranten nicht funktionieren können. Im Gegenteil: Politische Partizipation erleichtert die Integration in die Gesellschaft, weil sie die Identifikation mit den Institutionen und der politischen Ordnung unseres Landes befördert.